

HANNOVERSCHES VOLKSBLATT

Zeitung der **Deutschen Kommunistischen Partei Hannover**

www.dkp-hannover | www.facebook.com/DKPHannover

Dezember 2021

Gesetzlicher Energiepreisstopp jetzt!

Der Gaspreis im Großhandel hat sich seit Anfang des Jahres verfünffacht. Von 17 Euro pro Megawattstunde auf 87 Euro. Dies und die neue CO₂-Bepreisung führte zu steigenden Verbraucherpreisen beim Heizen - um 33 % gegenüber dem Vorjahr. Strompreise wurden in diesem Jahr zweieinhalb so teuer an der Börse. Bei den Verbrauchern zwar „nur“ um 4 %, aber die höheren Großhandelspreise werden auch hier in Kürze von den Stromversorgern durchgereicht werden. Der Dieselpreis an den Tankstellen stieg im Lauf des Jahres von 1,23 Euro auf 1,53 Euro. Die Energiepreise werden zu einer im-

mer größeren Belastung für die arbeitenden Menschen, für Studenten, für Erwerbslose und Rentner.

Der steigende Gaspreis hat mehrere Ursachen. Zum größten Teil bezieht Deutschland sein Gas aus Russland. Das ist günstig und preislich stabil – dank langfristiger Lieferverträge. So verkaufte Gazprom die Megawattstunde Erdgas 2020 für knapp 13 Euro. Zu Beginn der Heizsaison sollten die Gasspeicher normalerweise zu 100 % gefüllt sein. In diesem Jahr waren sie allerdings nur zu 70 % gefüllt, da aufgrund der zu geringen Stromerzeugung aus Windkraft zusätzlich Gas zur



Gas-Wasser-Strom fressen unsern Lohn!

Unter diesem Motto wurde 1981 von der DKP ein Bürgerantrag gegen die Preistreiberei der hannoverschen Stadtwerke organisiert. Vorausgegangen waren im Jahr zuvor Preiserhöhungen für Gas, Strom und Fernwärme; allein für Gas um sage und schreibe 62 %!

Innerhalb von nur 3 Monaten unterschrieben 12000 Bürgerinnen und Bürger den Antrag, der damit die erforderliche Zahl von 8000 übertraffen hatte und so im Rat behandelt werden musste. Obwohl nicht im Rat vertreten, hatte die DKP es geschafft, durch außerparlamentarische Aktionen die Bürgerinteressen im Rat zum Thema zu machen. Der damalige OB Schmalstieg erklärte sich und den Rat für unzuständig und redete sich damit heraus, dass die Stadt nicht für die Energiepreise verantwortlich seien, sondern die Stadtwerke. Er vergaß zu erwähnen, dass die Stadt als Eigentümer der Stadtwerke sehr wohl Einfluss auf die Preisgestaltung nehmen kann.

Als 1985 die Stadtwerke die Tarife schon wieder um 10% erhöhten, kam es zu einem erneuten Bürgerantrag, mit diesmal 15000 Unterschriften. DKP-Ratsherr Matthias Wietzer sorgte dafür, dass der Rat sich diesmal nicht aus der Verantwortung stehlen konnte. Mit Erfolg: Im Jahr darauf wurden die Gaspreise um 10% gesenkt.

Fortsetzung Energiepreisstopp

Stromversorgung herangezogen wurde. Fehlendes Gas muss nun am Markt teuer eingekauft werden. Doch von diesen Zusammenhängen lenkt EU-Kommissionschefin von der Leyen ab und gibt Russland die Schuld an den hohen Preisen. Die Bundesregierung hat dagegen bestätigt, dass Russland seine Lieferverträge stets eingehalten hat. Besonders dreist agieren die Grünen. Baerbock warf Moskau ein „Pokerspiel“ und „gehörig nach unten“ gefahrene Gaslieferungen vor. Irrsinnigerweise fordert sie, die Inbetriebnahme von Nord Stream 2 zu stoppen. Doch anstatt einen gesetzlichen Energiepreisstopp zu erlassen, wie es z.B. Frankreich und Spanien überlegen, geben deutsche Spitzenpolitiker alberne



Corona-Jagd auf „Ungeimpfte“

Am 18. November debattierte der Bundestag die neuesten Änderungen des „Infektionsschutzgesetzes“, die die kommende Bundesregierung unter Olaf Scholz eingebracht hatte. Dabei äußerte der SPD-Mann Fechner sich so: „Wir schaffen eine 3G-Pflicht für den Arbeitsplatz – das ist eine weitreichende Maßnahme, weil jetzt jeder, der ungeimpft ist und sich nicht testen lässt, Lohnneibußen riskiert –, und wir schaffen die gleiche Regelung auch für Busse und Bahnen. Jeder, der jetzt ungeimpft Bahn fährt und keinen Testnachweis dabei hat, wird aus der Bahn geworfen, und dem droht auch noch ein saftiges Bußgeld.“ Die gleichen Leute, die gemeinsam mit der CDU seit mehr als eineinhalb Jahren mit immer neuen Schikanen und Zwangsmaßnahmen erfolglos gegen die Covid19-Epidemie agieren, versuchen, von ihrem eigenen Versagen abzulenken, indem sie gegen „Ungeimpfte“ hetzen. Man muss die Entscheidung eines erheblichen Teils der Bevölkerung akzeptieren, sich nicht mit den neuartigen mRNA-Gen-Impfstoffen impfen zu lassen.

Impfstoffe von diesem Typ sind de facto in Deutschland die einzigen Impfstoffe, die zur Anwendung kommen. Oskar Lafontaine hat doch einfach recht, wenn er argumentiert: „Das unerträgliche Geschwätz über die „Pandemie der Ungeimpften“ fällt auf Merkel, Spahn und Co zurück. Indem sie nichts dafür getan haben, dass in Deutschland, wie in vielen anderen Ländern der Welt, ein klassischer Impfstoff eingesetzt werden kann, um die Erkrankung durch das Corona-Virus zu bekämpfen, gehören sie auf ihre Art auch zu den Impf-Verweigerern.“ Es ist an der Zeit, dass „Geimpfte“ und „Ungeimpfte“ erkennen, dass die Ampel-Koalition versucht, einen Teil der Bevölkerung gegen den anderen aufzuhetzen, um das im Sinne des Gesundheitsschutzes sinnlose System der Schikanen und der Gängelei zu einem Dauerzustand zu machen. Es ist an der Zeit, diesen Angriff, der einem Teil der arbeitenden Menschen mit dem Entzug der Lebensgrundlage bedroht, gemeinsam abzuwehren.

BI Linden: konkret aktiv werden

Der Bezirksrat erklärt für Linden-Limmer den „Klimanotstand“. Damit kann nun jedes Vorhaben wegen abstrakter Grenzwerte abgelehnt werden – ein prima Veto-Alibi gegen „nicht priorisierte“ Ausgaben. Der selbe Bezirksrat hat dem LimmernLabor nach den ersten 20.000 Euro jetzt weitere 6.000 Euro zugesagt; für das „Fachschafftslimmern“ und eine Corporate Identity. Dafür, dass wie gehabt Party-Hundertschaften in den Stadtteil geleitet werden, und für einen bunten Auftritt, der von der bloßen Moderation der zur Gewalt eskalierenden Lage ablenken soll. Den Anwohnern reicht es: Sie haben die Bürgerinitiative Linden gegründet und fordern den neuen Bezirksrat Linden-Limmer auf, der „Ballermanisierung“ Lindens entgegenzuwirken – etwa Partybereiche abseits von Wohngebieten zu schaffen. Mehr zur Petition „Sauftourismus stoppen!“ unter www.buergerinitiative-linden.com.

Hartz IV: Lächerliche drei Euro mehr

Das Bundeskabinett von CDU und SPD hat mit Zustimmung des Bundesrates zum 1. Januar 2022 neue Regelsätze für Hartz IV und die Altersgrundsicherung beschlossen. Man kann es kaum glauben: Um mickrige drei Euro soll sich demnach der Regelsatz für einen alleinstehenden Erwachsenen auf dann 449 Euro „erhöhen“. Während die Preise für Lebensmittel, Energie und alltäglichen Lebensunterhalt explodieren und viele Mitbürger kaum noch über die Runden kommen, bedeutet dieses – bei einer Inflation von gegenwärtig etwa 4 Prozent – sogar einen skandalösen finanziellen Verlust für die Betroffenen. Wieder einmal bewahrheitet sich: Die ärmsten der Armen müssen die gegenwärtige Krise ausbaden.

50 Jahre Berufsverbote Demokratisch Rechte verteidigen!

Am 28. Januar 2022 jährt sich zum 50. Mal der sogenannte Radikalenerlass, mit dem angebliche Gegnerinnen und Gegner der Verfassung aus dem Öffentlichen Dienst ferngehalten werden sollten. Betroffen waren fast ausschließlich Linke, Friedensaktivisten, Mitglieder der VVN/BdA, Kommunisten und selbst aktive Gewerkschafter aus vielen Berufen. Zu den Betroffenen gehörten Lehrer und Sozialarbeiter aber auch Briefträger und Lokomotivführer. 1.256 Menschen wurde die Ausübung ihres Berufes verboten, 265 wurden entlassen.

1987 verurteilte die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) und 1995 der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) die Bundesrepublik und das Land Niedersachsen zur Einstellung der Verfahren und zur Rehabilitierung der Betroffenen. Eine wirkliche Rehabilitierung ist jedoch bis heute nicht geschehen.

Nähere Informationen über die Berufsverbote gibt es im Internet unter: berufsverbote.de – auch die Unterzeichnung eines bundesweiten Aufrufes für eine konsequente Rehabilitierung ist dort möglich.

Spiel mir das Lied vom Ihme-Zentrum

Als 2019 der vorbestrafte Lars Windhorst (Hütchenspieler, Geldschieber) der Intown Group ihre rund 80-Prozent-Anteile am Ihme-Zentrum abkaufte, gaukelten sich nur die Ratsherren der Stadt Hannover vor, dass sich auf der Langzeitbaustelle etwas tun würde. Jeder andere schüttelte den Kopf.

Zu oft hatte man die Versprechen von Investoren und Ratspolitik gehört, die sich seit 2007 kaum unterschieden. Die Stadt Hannover werde Druck auf den Investor ausüben. Der Investor werde investieren. Technische oder bürokratische Hindernisse seien aufgetreten und hätten es ihm unmöglich gemacht, die Wiederbelebung des Baukomplexes zu starten. Bis von Investorenpleite die Rede war. Gleicher Verlauf beim Herrn Windhorst, der trotz nicht eingehaltener Fristen und einer Insolvenzklage das Ihme-Zentrum weitere 24 Monaten verwalten darf. Man muss kein Hellseher sein, um die Voraussage zu treffen, dass sich bis dahin nichts getan haben wird.

Der einfache Grund dafür: Der Investor sieht das Ihme-Zentrum nicht als Investition und die Ratspolitik erklärt es nicht zu ihrem politischen Auftrag. Für den Investor ist die Immobilie ein

reines Spekulationsobjekt. Gute Lage mit steigenden Grundstückspreisen, sicherer Mieter mit der Stadt Hannover (2 Millionen Euro pro Jahr). Für ihn besteht kein Handlungsbedarf. Solange kein politischer Gestaltungswille seitens der Stadt Hannover zum Ihme-Zentrum besteht, können Investoren keine Option sein. Im Gegenteil, durch diese Passivhaltung wird das Ihme-Zentrum erst zu einem gewinnbringenden Spekulationsobjekt.

Die klassische Argumentation, dass kein Geld in der Kasse ist, greift nur, weil der politische Beschluss im Sinne der Bevölkerung ausbleibt. Bestes Beispiel, wofür Geld da ist, wenn der politische Wille gefasst ist, ist der enercity-Neubau von hanova nebenan. Mindestens 90 Millionen Euro kostet das Vorzeigobjekt. Mit der enercity im Ihme-Zentrum zu bleiben, mit der hanova als Partner und 90 Millionen Euro, das wäre ein politischer Entschluss im Sinne der An- und Bewohner des Ihme-Zentrums gewesen. Der Rückzug der Stadtwerke dagegen ist der politische Auszug der Stadt Hannover und gleichzeitig der politische Sargnagel für die Revitalisierung des Ihme-Zentrums.

Ein Dankeschön an alle unsere Wählerinnen und Wähler zur Bundestags und zur Kommunalwahl 2021

Danke!

Für eure Ohren, eure Zeit, eure Diskussionsbereitschaft und für die große Zustimmung.

Für eure Unterstützerunterschriften, die uns den Antritt zur Bundestagswahl 2021 und zur Bezirksratswahl in Linden-Limmer ermöglicht haben und damit eine Alternative auf den Wahlzettel gebracht haben, die unser aller Interessen vertritt – nicht die von Unternehmen, Banken und Spekulanten.

Danke für 684 Lindener Stimmen und 185 Zweitstimmen aus Hannover!

Dank auch schon einmal präventiv



an die kommende Ampel-Bundesregierung!

Für die Einführung der Aktienrente, die auch noch unsere Renteneinlagen für die Verlustgeschäfte des Finanzmarktes öffnen wird.

Für die Aufweichung des Arbeitszeitgesetzes, die Experimentierräume für die Arbeitgeberseite aufmacht. Statt endlich – wie vom DGB gefordert – das Urteil des EuGH vom 14.05.2019 umzusetzen, das die Arbeitgeber zur Arbeitszeiterfassung verpflichtet, sprich dazu, die tatsächlich geleistete Arbeitszeit zu dokumentieren und auch zu vergüten.

Macht uns Russland nicht wieder zum Feind!

Die Bilanz der deutschen Außenpolitik ist verheerend. Das deutsch-russische Verhältnis ist wieder in die Konfrontation eines neuen kalten Krieges gemündet. Die SPD hat sich in der Person ihres Außenministers Maas längst von der Ära der Entspannungspolitik verabschiedet. Die Grünen sind ganz auf NATO-Linie und verfolgen eine aggressive Konfrontationspolitik gegenüber Russland. Vertrauen, in jahrzehntelanger Entspannungspolitik gewachsen, ist verloren gegangen. Das Verhältnis zu Russland ist zerrüttet.

Heute stehen die Leopardpanzer der Bundeswehr dort, wo 1941 die Tigerpanzer der Wehrmacht Richtung Moskau rollten. Heute ist Russland – zusammen mit China – wieder das Feindbild Nummer eins für die deutsche Außenpolitik.

Der frühere deutsche Außenminister Genscher hatte im Beisein des damaligen US-amerikanischen Außenministers Baker noch im Februar 1990 vor der Presse in Washington erklärt: *„Wir sind uns einig, dass nicht die Absicht besteht, das Nato-Verteidigungsgebiet auszudehnen nach Osten. Das gilt übrigens nicht nur in Bezug auf die DDR, sondern das gilt generell.“* Entgegen dieser Zusage hat sich die Nato nach Osten ausgedehnt, bis an die Grenzen Russlands.

Schon 1960 verhängten die USA Sanktionen gegen das deutsche Erdgas-Röhrengeschäft mit der damaligen Sowjetunion. Heute möchten sie das Erdgasprojekt Nord Stream 2 am liebsten verhindern, zusammen mit den Grünen als treueste US-Verbündete. Die US-hörigen Transatlantiker in EU, CDU / SPD / Grüne, betätigen sich als Vollstrecker der Sanktionspolitik der USA. Aber statt Sanktionen brauchen wir wirtschaftliche Zusammenarbeit, kulturellen Austausch und eine Politik der Völkerverständigung.

Solange Deutschland und Russland gute Nachbarn waren, war es zu beiderseitigem Vorteil. Rüstung und Krieg gegen Russland hat Deutschland zwei Mal Unglück gebracht. Soll es dieses Mal im Verbund mit der Nato anders werden? Wir glauben: Unser Schicksal ist der Frieden auf dem euro-asiatischen Kontinent – ein gemeinsames Haus von Lissabon bis Wladiwostok.

„Für unser Land, das ein Jahrhundert der Kriegskatastrophen durchgemacht hat, ist der stabile Frieden auf dem Kontinent das Hauptziel. Noch vor kurzem schien es so, als würde auf dem Kontinent bald ein richtiges gemeinsames Haus entstehen, in welchem Europäer nicht in östliche und westliche geteilt werden. Solche Trennungslinien bleiben aber erhalten, weil wir uns nicht endgültig von vielen ideologischen Klischees des Kalten Krieges befreit haben. Heute müssen wir mit Bestimmtheit und endgültig erklären: Der Kalte Krieg ist vorbei.“ (aus der in deutsch gehaltenen Rede von Präsident Putin vor dem deutschen Bundestag am 25. September 2001)

Russland ist nicht unser Feind!

Россия не наш враг!

Save the date

Rosa-Luxemburg-Konferenz
Samstag, 8. Januar, 11⁰⁰-18⁰⁰ Uhr
Berlin, Max-Schmeling-Halle

Lenin-Liebkecht-Luxemburg-Demo
Sonntag, 9. Januar, 10⁰⁰ Uhr
Berlin, vom Frankfurter Tor
bis zur Gedenkstätte der Sozialisten

Termine DKP Hannover

Stadtteilgruppe
Linden
nächste Treffen:
Montag,
xx. Januar
19.00 Uhr
DKP Kreisbüro
Göttinger Str. 58

Stadtteilgruppe
Mitte
nächstes Treffen:
Montag,
31. Januar
19.00 Uhr
DKP Kreisbüro
Göttinger Str. 58

Kohlrouladen mit Salzkartoffeln

Produktionsmittel für 4 Personen:

- Hackfleisch nach Wahl 1000g
- Weißkohl 1 gr. Kopf
- Suppengrün 1 Bund
- Zwiebeln 2, Kümmel 1 Tl
- Senf 1 El, Tomatenmark 1 El
- Eier 2, Salz, Pfeffer
- Festkochende Kartoffeln nach Bedarf

Zubereitung:

- Großen Topf mit gesalzenem Wasser und Kümmel zum Kochen bringen.
- Das Hackfleisch mit den Eiern, Senf, einer fein gewürfelten Zwiebel und der geschnittenen Petersilie vermengen. Mit Salz und Pfeffer abschmecken.
- Vom Kohl den Strunk entfernen und vorsichtig ganze Blätter vom Kohlkopf ziehen. Die Kohlblätter im kochenden Wasser garen. Das Wasser bis zum Schluss behalten. Wenn der Kohl weich ist, herausnehmen und in kaltem Wasser abkühlen.

- Für vier Rouladen auf einem Küchentuch je drei bis vier Kohlblätter zu einer Fläche zusammenlegen. ¼ des Hackfleisches zu einer Rolle formen, etwa in Breite der Roulade. Das Hackfleisch auf die Kohlblätter legen und mit dem Kohl einrollen. Tipp: Wo das Blatt fest ist, mit einem Fleischhammer o.ä. weichklopfen.

- Suppengrün waschen, schälen und mit der restlichen Zwiebel würfeln.
- Pfanne mit etwas Öl erhitzen. Rouladen von allen Seiten anbraten. Das gewürfelte Gemüse ebenfalls anbraten.
- Tomatenmark dazugeben und kurz mit anbraten. Mit dem aufgehobenen Wasser auffüllen und 40 Minuten köcheln lassen. Die Soße abbinden oder den Sud weiter einkochen lassen.
- Die Kartoffeln nicht vergessen!
- Guten Appetit